

LANDESKONFERENZ DER HESSISCHEN ALLGEMEINEN STUDENTENAUSSCHÜSSE
(Hessische Landes-Asten-Konferenz)

26. April 1978

P_r_e_s_s_e_e_r_k_l_ä_r_u_n_g

DDR-VERTRETUNG IN BONN VERURTEILT DAS EINTRETEN DER HESSISCHEN
STUDENTENSCHAFTEN FÜR DIE FREIHEIT SYSTEMKRITISCHER WISSENSCHAFTLER
ALS EINMISCHUNG IN INNERE ANGELEGENHEITEN DER SOUVERÄNEN DDR!

Am Dienstag, 25.4.1978, brachte eine Delegation der Landeskonferenz der Hessischen Allgemeinen Studentenausschüsse, Vertretung von über 80 000 hessischen Studenten, in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn ihren Protest dagegen vor, daß die Behörden der DDR einer fünfköpfigen Delegation von Studentenvertretern immer noch keine Genehmigung zum Besuch von Professor Havemann und von Rudolf Bahro erteilt haben. Der Protest der hessischen Studentenvertreter erstreckte sich auch darauf, daß seit Anfang April der Kontakt mit Professor Havemann über den Postweg unterbrochen worden sei. Dies teilte heute der Sprecher der hessischen Landes-Asten-Konferenz, der Jungsozialist Karl-Heinz Funck, der Presse in Bonn mit.

Dem Protest in der DDR-Vertretung in Bonn war im Januar eine Erklärung der hessischen Studentenschaften gegen die Repressalien, denen systemkritische Wissenschaftler wie Professor Havemann und R. Bahro ausgesetzt sind, vorangegangen. Darin fordern die hessischen Studentenschaften, den Hausarrest gegen Prof. Havemann aufzuheben sowie Rudolph Bahro aus der Haft zu entlassen (Anlage: Erklärung der Hessischen Landes-Asten-Konferenz). Kurz darauf beantragte die Landes-Asten-Konferenz beim Staatsanwalt der DDR eine Erlaubnis zum Besuch des inhaftierten R. Bahro. Prof. Havemann seinerseits stellte beim Gemeinderat in Grünheide (bei Ost-Berlin) Einreiseanträge für eine fünfköpfige Delegation hessischer Studentenvertreter. Gegen die im März erfolgte Ablehnung seiner Anträge hat Havemann inzwischen eine Eingabe an das Innenministerium in Ostberlin gerichtet. Die Entscheidung der DDR-Behörde darüber steht noch aus, ebenso wie eine Antwort auf die Anträge zum Besuch von R. Bahro. Seit Anfang April, so der Landes-Asten-Sprecher Funck, sei aber auch der Kontakt mit Prof. Havemann über den normalen Postweg unterbrochen. Mehrere eingeschriebene Briefe der Studentenschaften mit Rückantwortkarten an Havemann seien nicht an ihn ausgeliefert worden.

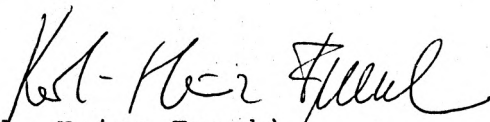
Die Delegation der hessischen Studentenschaften wurde gestern von zwei Angehörigen der Ständigen Vertretung der DDR empfangen. Das nur viertelstündige Gespräch fand in einer frostigen Atmosphäre in der Eingangshalle der DDR-Vertretung statt. Die Delegation der hessischen Studentenschaften konnte ihren Protest zwar vorbringen; die Ständige Vertretung weigerte sich jedoch ausdrücklich, diesen an die zuständigen Behörden der DDR weiterzuleiten. In Sachen Havemann und Bahro ließe man sich, so die DDR-Vertreter, auf keinerlei Diskussion ein. Das Anliegen der Delegation, Havemann und Bahro zu besuchen bedeute eine "Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates".

Der Protest der Studentenvertreter gegen die ganz offensichtliche Unterbrechung des Briefkontaktes mit Prof. Havemann wurde von der DDR-Vertretung mit dem Hinweis auf die "fehlende Zuständigkeit der Ständigen Vertretung für technische Angelegenheiten" zurückgewiesen. Eine Antwort auf die Frage der Studentenvertreter, wer denn

für die Entgegennahme von Beschwerden über den unterbrochenen Postverkehr zuständig sei, wurde verweigert.

"Unsere Sorge, daß Prof. Havemann und R. Bahro totaler Isolierung unterworfen sind, ist berechtigt", faßte Landes- Asten- Sprecher Funck zusammen, "das beweist nicht zuletzt das Verhalten der Ständigen Vertretung der DDR". Die hessischen Studentenschaften ließen sich jedoch nicht entmutigen, unbeirrt für die Freiheit kritischer Wissenschaftler einzutreten, wo immer diese gefährdet seien.

Angesichts des Verhaltens offizieller DDR- Stellen müßten jetzt das Bundeskanzleramt und das Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen aktiv werden, forderte Funck. Das Eintreten für eine Einreiseerlaubnis zum Besuch von R. Havemann und R. Bahro sei keine "Eingemischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen souveränen Staates". Wer dies so bezeichne, der ordne die Verwirklichung elementarer Menschenrechte dem tagespolitischen Kalkül unter. Schließlich dürfe der zwischen der DDR und der Bundesrepublik abgeschlossene Grundlagenvertrag nicht allein als Erleichterung des Handels zwischen zwei Staaten begriffen werden.



(Karl- Heinz Funck)

Sprecher der Landes- Asten- Konferenz Hessen

Anlagen:

Erklärung der Landes- Asten- Konferenz Hessen;
zwei Briefe von Prof. Havemann

LANDES-ASTEN-KONFERENZ HESSEN

Anlage 1

Erklärung der hessischen Studentenschaften zur Einschränkung der Freiheitsrechte des Naturwissenschaftlers Robert Havemann und des Ökonomen Rudolf Bahro in der DDR (beschlossen am 4.1.78 in Kassel; Auszug)

"Die hessischen Studentenschaften, die sich, wie andere Studentenschaften in anderen Bundesländern, in einem Abwehrkampf gegen politische Entmündigung befinden, gegen Reglementierungen des Studiums und Auflösung ihrer demokratisch gewählten Interessensvertretungsorgane sowie im Kampf gegen Berufsverbote, kennen die Praxis politischer Zensur, Sie dient der Gleichschaltung und Unterdrückung mißliebiger Meinungen, von wem und wo dies immer geschieht, zum Zwecke der Konservierung sozialer, politischer und ökonomischer Ungleichheit.

In diesem Sinne ist der Kampf der Studentenschaften in den letzten Jahren gegen Berufsverbote und gegen die Verleumdung der Hochschulen als "Brutstätten des Terrorismus" ein wichtiger Beitrag für den Erhalt demokratischer Rechte und Freiheiten in diesem Lande. Wir sehen nun, daß die CDU sowie Teile der SPD/FDP im Namen der Freiheit Errungenschaften des Bildungssystems abschaffen und kritische Stimmen per Staatsaufsicht auslöschen will. Die CDU bezieht sich mit ihrem demagogischen Trickspiel, "Freiheit statt Sozialismus", auf die Unterdrückung demokratischer Rechte und Freiheiten in der DDR und will damit ihre Angriffe auf unsere Rechte legitimieren

Die hessischen Studentenschaften treten prinzipiell für die Erhaltung und den Ausbau von Freiheitsrechten ein - wo immer dies geschieht. Deshalb können und dürfen wir auch nicht schweigen zu den Repressalien gegen Robert Havemann, ehemaliger Professor an der Humboldt-Universität Berlin für Physikalische Chemie. Havemann ist seit Jahren vom Berufsverbot betroffen, stand lange nach der Ausbürgerung von Wolf Biermann unter Hausarrest und wird von den Staatssicherheitsorganen der DDR z.Z. permanent observiert. Aufgrund dieser Repression befindet er sich in einem sehr ernsten gesundheitlichen Zustand.

Vor einigen Wochen wurde Rudolf Bahro verhaftet, der seit kurzem das Buch "Die Alternative - zur Kritik des real existierenden Sozialismus" in einem Verlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) veröffentlicht hat. Er wurde wegen seiner kritischen Meinung beschuldigt, Agent des westdeutschen Bundesnachrichtendienstes zu sein, und verhaftet. Dies ist eine neue Qualität der Behörden der DDR in der Auseinandersetzung mit kritischen Oppositionellen!

(...)

Die Studentenschaften in Hessen verurteilen die Unterdrückung von demokratischen Rechten und Freiheiten durch die Staatssicherheitsorgane der DDR und fordern die Aufhebung der Repression gegen Havemann und Bahro!

(...)

Die hessischen Studentenschaften haben beschlossen, unter Einhaltung des von der DDR vorgeschriebenen Weges mit einer Delegation Robert Havemann und Rudolf Bahro zu besuchen. Sollten Briefe (mit Rückantwortkarten) an Robert Havemann wiederholt nicht beantwortet und der Antrag zum Besuch von Rudolf Bahro ignoriert werden, gehen die hessischen Studentenschaften den Weg des politischen Protestes zum Innenministerium der DDR, d.h. sie werden eine Delegation dorthin entsenden.

Die hessischen Studentenschaften protestieren gegen die Ablehnung der Protesterklärung der Delegation der Studentenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Technischen-Hochschule-Darmstadt sowie gegen das grundlose Festhalten der Delegation über 1 1/2 Stunden lang an dem Grenzübergang Berlin-friedrichstraße. Die Delegation hatte den Auftrag, Protest gegen die Einschränkung der Freiheitsrechte von Robert Havemann und Rudolf Bahro beim Innenministerium der DDR vorzutragen."